

markt. Zuges. Preis für ein in 3400-4050 M. ft. em Schweine- 00 M; ein Paar ar lebhaft.

an den Börsen- und Wirtschaftlichen Verkehre-

gen übernimmt nochtung.

usgarten und der se aller Art, und genügt vorüber einzubeden. Der ist wohl der, daß vertung noch sehr garten, wie Erben, Jahr in den Gan- jeht schon selbst h lebt event. mit chen und Holzge- feilgeboden wer- rotten gut einge- vorstehende reiche Obst nun gedriert, bft braucht wenig n Jung und Alt tkt bringt, denkt, n erst dann zum ilnehmen darf, so en Vermösten auch es städt. Trocken- regen Gebrauch zeimenden Dank gute verlockende

a n n. Colv. retel, Calw.

ell. dler“.

es 8 1/2 Uhr:

theaters ator

nd Kadelburg. Mk. inkl. Steuer. Bobamer. Die Direktion.

fnöpfe, lsaum, pflöcher

sch u. in guter ung angefertigt v. Stanger, arkstr. 23.

erproffen tige Haut, Leber- wunden wie ab- auch Pikel und Anskunft frei, arke erwünscht Althaus, schweig C. 43. liefsach 135.

engstett.

iter

Moft

aufen

Dingler, Wm.

ge Enten

u Harsh,

stall, Teinach.



Ercheinungsweise: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite M. 3.— wöchentlich. — Auf Sammlungen kommt ein Zuschlag von 100%. — Remstr. 9. Mittwoch, den 16. August 1922. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 84.— mit Beleggeld. — Erlaubt der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der ergebnislose Ausgang der Londoner Konferenz hat einen neuen furchtbaren Sturz des Markkurses zur Folge gehabt. Gestern sprang der Wert des Dollars auf über 1000 Mark.

Ueber die Ursachen des Scheiterns der Konferenz von London erklärte Poincaré, daß die Alliierten alle Maßnahmen, die Frankreich vorgeschlagen habe, abgeändert oder ganz abgelehnt hätten, man habe die Ueberwachung der Zollgrenze am Rhein, die Einrichtung einer Zollgrenze im Ruhrgebiet und die Beteiligung an der deutschen Chemischen und Farbenfabrikation abgelehnt. Deutschland verfolge mit Beharrlichkeit eine Politik, die es ihm gestatte, vor den Augen Europas bankrott zu machen, indem es systematisch die Mark zu entwerten versuche. Was immer Lloyd George gesagt habe, Deutschland könne zahlen. Poincaré geht also diesmal aufs Ganze. Er läßt es offensichtlich auf einen „Bruch“ mit der Entente ankommen, weil er ganz genau weiß, daß die andern Alliierten doch nachgeben und ihn an erneuten Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland nicht hindern werden.

Wie sich die Sache weiter entwickeln wird, ist augenblicklich nicht zu übersehen. Die deutsche Reichsregierung hat zwar schon zwei Protestnoten gegen die rechtswidrigen Maßnahmen Frankreichs nach Paris gesandt, sie hat jetzt auch die 500 000 Pfund für die Ausgleichszahlungen am 15. August angewiesen, entsprechend unserer Leistungsfähigkeit, aber damit dürfte sich die französische Regierung nach ihrer seitherigen erpresserischen Haltung nicht zufrieden geben. Von englischer oder überhaupt alliierter Seite ist keinerlei Einwirkung zu erwarten, sobald wir dem französischen Vernichtungswahnsinn schutzlos gegenüberstehen. Irigendwelche Stellungnahme der Reichsregierung ist augenblicklich natürlich nicht gegeben, da von London oder Paris noch keine offiziellen Erklärungen vorliegen.

Nach der Londoner Konferenz. Katastrophenstimmung.

Poincaré's „Rechtfertigung“.

Die übliche Geh- und Lügenpropaganda.

Paris, 15. Aug. Poincaré hat gestern Abend den Vertretern der Presse erklärt: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Abordnung anfragen wird, daß sie es im Laufe der letzten Beratungen an Geduld habe fehlen lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Unser Recht in der Entschädigungsfrage ist unantastbar. Die Opfer Frankreichs sind bekannt. Nichtsdestoweniger und obwohl man die Bedeutung unserer Forderungen anerkennen mußte, hat man deren Priorität, auf die wir ein Anrecht zu haben glauben, nicht anerkennen wollen. Als wir im Mai v. J. den Zahlungsplan annahmen, hofften wir, kein weiteres Entgegenkommen mehr bezeugen zu müssen, aber seit dieser Zeit hat sich Deutschland nicht nur dem Zahlungsplan entzogen, es hat auch den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark verfolgt. Andererseits hat Deutschland keine auswärtigen Schulden und seine innere Schuld wird geringer in dem Maße, in dem die Mark fällt. Mit einem Wort: Deutschland verfolgt mit Beharrlichkeit eine Politik, die es ihm gestattet, vor den Augen Europas Bankrott zu machen, und so eine neue Herabsetzung des Zahlungsplanes zu erlangen. Unzweifelhaft ruiniert Deutschland seinen Kredit, aber es hat die Alliierten, eine innere Anleihe zu begünstigen, die ihm seinen Kredit wieder geben soll. Deutschland hat außerdem, daß die erste Kreditoperation, die man ihm ermöglichte, ohne Zwang und ohne Pfand erfolge. Wenn man diese Kreditoperation, etwa 20 Milliarden Mark, für die Entschädigungen gewähren sollte, so würde Deutschland annehmen, daß es genug bezahlt habe. Seine Lage würde also dann besser sein, als die der siegreichen Nationen. Es würde alsdann statt der Alliierten die Hegemonie in der Welt wieder erhalten, die die Alliierten ihm entzogen haben. Poincaré sprach alsdann von der Note Balfours und von seiner Absicht, eine gemeinsame Regelung aller aus dem Kriege übernommenen Schulden vorzuschlagen. Auch gestern sei er bereit gewesen, diese gemeinsame Regelung vorzuschlagen. Sie sei aber augenblicklich wegen des englischen Widerstandes unmöglich. Wir wollen, fuhr Poincaré fort, daß der Entschädigungsausschuß die beabsichtigten Verfehlungen Deutschlands feststelle, aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffene Initiative gehindert, die, ohne uns vorher verständigt zu haben, erklärte, es sei unerlässlich, das Moratorium zu bewilligen. Wir sind der Ansicht, daß diese Initiative freundschaftlich ist, daß sie aber die Entente in Gefahr gebracht hat. Wir haben erklärt, daß das Moratorium eine negative Maßnahme sei, und daß wir ohne eine sichere und tatsächliche Kontrolle nur etwas Unfrucht-

bares und in der Folge heillos unternehmen können. Was hat man uns angeboten? Die 20prozentige Abgabe vom deutschen Export und die Zolleinnahmen. Damit konnten wir uns nicht begnügen, weil es sich um eine Maßnahme handelte, die schon im letzten Jahre ergriffen wurde und weil die Haltung der englischen Regierung sich umsoweniger aufrecht erhalten ließe, als das englische Kabinett die Verantwortung Deutschlands anerkennt, was aus dem Vorwort zu den 10 Vorschlägen Lloyd Georges hervorgeht. Für jeden unparteiischen Menschen, erklärte dann Poincaré, hätte die logische Folge der Feststellung der Verfehlungen Deutschlands die Ergreifung von Maßnahmen sein müssen, um eine Wiederholung zu verhindern. Da man eine Verfehlung nicht habe feststellen wollen, habe die französische Abordnung erklärt, daß sie das Moratorium nur gewähren könne, wenn von gewissen Gütern Besitz ergriffen werde, die sofortige Einnahmen gestatten. Alle Maßnahmen, die wir vorgeschlagen hatten, wurden abgeändert oder ganz abgelehnt. Wir haben zunächst von Kontrollmaßnahmen gesprochen. Was die Reichsbank betrifft, so sind wir ungeschädigt geblieben, aber als es sich darum handelte, dem Garantieauschuß seinen Sitz in Berlin zu geben, hat Lloyd George seine anfängliche Zustimmung zurückgezogen und seine Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligungen beseitigen lassen. Bezüglich der Kapitalflucht hat die englische Regierung vorgeschlagen, man möge sich einfach mit den von Deutschland versprochenen gesetzgeberischen Maßnahmen begnügen. Wegen der Kontrollmaßnahmen hätten wir die Verhandlungen nicht abgebrochen, da wir aber glaubten, daß die Bewilligung eines Moratoriums eine Begünstigung ist, was es unerlässlich, sie von produktiven Pfändern abhängig zu machen. Hier waren die Meinungsverschiedenheiten noch enger. Man hat uns nach und nach die Ueberwachung der Zollgrenze am Rhein, die Einrichtung einer Zollschranke im Ruhrgebiet und die Beteiligung an der deutschen chemischen und Farbenfabrikation verweigert, die, wie man weiß, giftige Gase herstellen kann (1). In der Frage der Staatsgruben haben wir als Garantie die sofortige Anerkennung gewisser Rechte verlangt, aber Großbritannien wollte diese Rechte nicht anerkennen, ausgenommen im Falle einer späteren Verfehlung Deutschlands. Die Meinungsverschiedenheiten in der Pfänderfrage sind soweit gegangen, daß Lloyd George selbst vorgeschlagen hat, sie dem Völkerverbund zu überweisen. Dem habe ich mich widersetzt, weil ich es für unzulässig hielt, eine solche Streitfrage in der Entschädigungsfrage einem Organismus zu übertragen, in dem neutrale Mächte sitzen. Was die internationale Anleihe betrifft, so habe ich erklärt, daß die Vorbereitungen hierzu mehr in einer Sanierung der deutschen Finanzen, als in der Bewilligung eines Moratoriums zu finden seien. Die französische Regierung hätte kein Moratorium ohne Pfänder annehmen können, sie sei aber bereit, die Frage in ihrer Gesamtheit zu prüfen, und habe deshalb verlangt, daß man die Dinge so belasse, wie sie im Augenblick liegen.

Man konnte die Frage im November wieder aufnehmen, Deutschland müsse aber bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen. Was immer Lloyd George gesagt habe, Deutschland könne zahlen. Es habe in der Reichsbank 1 Milliarde im Depot. Davon könnte man die fälligen 160 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark über Gebühr zu beschleunigen. Gestern nachmittag habe man den Beweis geliefert, daß Deutschland zahlen könne, denn man habe die Zahlung von 2 Millionen Pfund Sterling beschlossen und habe ihm alsdann ein sehr kurzes Moratorium angeboten, ausgeglichen durch Kontrollmaßnahmen, über die man sich geeinigt hatte. Er habe sich der Entscheidung nicht anschließen können. So habe man sich in sehr freundschaftlichem Geiste getrennt, aber er habe für die französische Regierung das Recht verlangt, über die Folgen zu beraten, die diese Uneinigkeit nach sich ziehe. Man habe ihm gesagt, das sei ein Bruch der Entente, er aber habe erklärt, er glaube nicht daran. Er für seinen Teil wolle ihn vermeiden, vorausgesetzt indessen, daß er die Interessen seines Landes nicht zu opfern brauche.

Paris, 15. Aug. Wie Havas meldet, sprach Poincaré am Schluß seiner Erklärungen vor den Vertretern der Presse seine Ueberzeugung dahin aus, daß, wenn in der Reparationsfrage ein Uebereinkommen, bei dem Frankreich gerechterweise eine beherrschende Stellung haben sollte, da sein Forderungen mehr als die Hälfte der Gesamtschuld darstellen, nicht zu erzielen sei, man es natürlich finden werde, daß Frankreich den Versuch mache, seine Finanzen zu retten und sich vor dem Ruin zu bewahren. — Das heißt natürlich, daß Frankreich dann zu weiteren Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland schreiten wird.

Der englische Standpunkt.

London, 15. Aug. In seiner gestrigen Schlussrede war Lloyd George noch einmal nach allen Kräften bemüht, ein Einvernehmen zwischen Poincaré und den anderen Verbündeten herzustellen. Er schlug vor, den italienischen Vorschlag zur Vertagung

anzunehmen und die Angelegenheit des Moratoriums der Reparationskommission zu überweisen, was man in England von Anfang an angestrebt habe. Er wolle anerkennen, daß besondere Maßnahmen von der Garantiekommission festzustellen und unverzüglich zu ergreifen seien, und daß bis zur nächsten Zusammenkunft der Verbündeten gegen Ende dieses Jahres auf Vorschlag Italiens, dem sich England gefügt habe, von England und seinen alliierten Schutzern keinerlei Ansprüche bezüglich Zinszahlungen erhoben würden. Dieser Punkt wurde von allen Verbündeten außer den französischen angenommen. Lloyd George erwähnte, daß der Garantieauschuß die völlige Selbständigkeit der Reichsbank gewährte. Die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, würden folgende sein: Die Beaufichtigung des deutschen Budgets durch den Garantieauschuß, die Verhinderung weiterer Papiergeldausgabe und der Versuch, den Staatshaushalt Deutschlands ins Gleichgewicht zu bringen und einen Ueberschuß zu sichern. Ferner die Abschaffung der Subsidien, die Beaufichtigung der deutschen Zölle und der Verbrauchsteuern und der Erlasse von Gesetzen zur Verhinderung der Kapitalflucht ins Ausland. Dies alles war dem französischen Premierminister nicht genug. Er wollte weit schärfere Maßnahmen durchgesetzt wissen, doch stieß er dabei auf den unüberwindlichen Widerstand seiner Kollegen. Die Kontrolle der Bergwerke und Forsten wurde rundweg abgelehnt. Alle Delegierten teilten die Ansicht, daß die deutschen Kohlenbergwerke unter deutscher Aufsicht bedeutend mehr leisten würden, als unter der Kontrolle der Alliierten. Was nun die Ueberwachung der Forsten betrifft, so waren die Verbündeten der Ansicht, daß es unmöglich sei, sich mit dem Eigentümern der einzelnen Staaten zu befassen, ohne wieder große Schwierigkeiten hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reich und den einzelnen Landesregierungen zu schaffen. Neue Garantien im Sinne von Sanktionen, die eine Einmischung des Auslandes in die Wirtschaftsmaschinerie bedeuten würden, müßten auf die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands nachteilig wirken und die Aussichten zur Erlangung genügender Reparationsleistungen beeinträchtigen. Die Lage hängt jetzt nur zu allererst von Frankreich ab. Im übrigen verwies England und die anderen Verbündeten auf den Versailler Vertrag, welcher die Frage des Moratoriums der Reparationskommission zur Entscheidung überläßt, der allein nur die Macht zusteht, mit Mehrheitsbeschluß im Sinne einer solchen Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.

Die Auffassung der belgischen Vertreter.

Paris, 15. Aug. Die belgischen Minister Jaspar und Theunis haben dem Sonderberichterstatter des „Intransigent“ erklärt: „Wir sind enttäuscht. Wir hoffen, daß diese Konferenz zu einem Ergebnis führen und den Fragen auf den Grund gehen würde, nicht nur der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte Deutschlands, sondern auch der Frage der interalliierten Schulden. Die Welt leidet unter dem Eindruck der Ungewissheit, in der sie lebt. Die Balfour-Note stellt den Grundpfeiler der unausbleiblichen Notwendigkeit der Regelung unter den Alliierten auf, und Belgien, das die wirtschaftliche Frage genau kennt, hat das Bedürfnis, den Horizont von den drohenden Wolken zu befreien, die einem Anleiheplan den Weg versperren. Sobald Deutschland wieder zu Atem gekommen sein wird, wird es wirkliche Zahlungsfähigkeit besitzen. Das gibt einer Anleihe gebedrängte Durchführungsmöglichkeit. Darauf müssen wir jetzt unsere Anstrengungen richten.“

Die Gründe des Scheiterns der Konferenz.

London, 15. Aug. Bevor die Konferenz zusammenbrach, versuchte Schanzer, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lloyd George zu überbrücken. Der Vorschlag, die Konferenz um 6 bis 8 Wochen zu vertagen, wurde von den britischen Vertretern angenommen, aber die Franzosen machten zur Bedingung, daß Deutschland die während dieses Zeitraums fällig werdenden Entschädigungsraten bezahlen solle. Schanzer und Lloyd George waren anderer Ansicht, willigten aber ein, daß der Entschädigungsausschuß darüber entscheide, was Deutschland während dieses Zeitraumes bezahlen sollte. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden. Reuter betont, daß, trotzdem kein Einverständnis erzielt sei, die Beziehungen der Alliierten sich nicht verschlechtert hätten, wie sich daraus ergebe, daß nach Abbruch der Konferenz Poincaré die österreichische Frage mit den übrigen Alliierten besprach.

Deutscher Einspruch gegen die Gewaltmaßnahmen Frankreichs.

Berlin, 14. Aug. Die Pariser deutsche Botschaft hat am 12. August der französischen Regierung zwei Noten übergeben. Die

erste Note erhebt Einspruch gegen Frankreichs Vorgehen in der Ausgleichsfrage. In ihr weist die deutsche Regierung darauf hin, daß die von der französischen Regierung mitgeteilten besonderen Maßnahmen in der Ausgleichsangelegenheit in dem Vertrag von Versailles und in dem von der deutschen Regierung getroffenen ergänzenden Abkommen, insbesondere dem Abkommen vom 10. Juni 1921, keine Grundlage finden und auch mit den Regeln des Völkerrechtes nicht begründet werden können. Eine Anweisung einer Regierung, jede Bekanntgabe von Auerkenntnis an das gegenseitige Ausgleichsamt bis auf weiteres zu unterlassen, sei mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar und stehe mit dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Ausgleichsverfahrens im Widerspruch. Die vorläufige Einstellung der Zahlungen der durch Urteil der gemischten Schiedsgerichtshöfe festgesetzten Entschädigungen aus dem Erlös der Liquidationen des deutschen Eigentums in Frankreich widerspreche der von der französischen Regierung übernommenen Verpflichtung, diese Entschädigungen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu bezahlen. Die Anweisung, bis auf weiteres dem Ausgleichsamt die Höhe dieser Erlöse nicht mehr mitzuteilen, mache die Durchführung des auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhenden Artikel 297 H des Versailler Vertrages unmöglich und widerspreche den Abkommen vom 31. März und 19. April 1921, wonach die Liquidationserlöse binnen bestimmter kurzer Fristen dem Reichsausgleichsamt gutzuschreiben und mitzuteilen sind. Das Verbot der Ausfuhr der Möbel und Kleidungsstücke der früher in Elsaß-Lothringen ansässig gewesenen Deutschen bedeute eine Verletzung des Abkommens vom 5. November 1919 und erscheine umso ungerechter, als die deutsche Regierung die ihr nach dem Abkommen obliegenden Leistungen erfüllt habe. Die Verfügung, wonach die Konten oder Depots deutscher Reichsausgehöriger bei Finanzinstituten in Elsaß-Lothringen unter Zwangsverwaltung gestellt werden, würden, soweit Einzahlungen nach dem 1. Januar 1919 erfolgt sind, durch den Vertrag von Versailles nicht gedeckt und verlege schwer den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums. Die deutsche Regierung habe mit ihrer Note vom 12. Juli lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt, dessen Lasten infolge der inzwischen eingetretenen Marktentwertung für Deutschland untragbar geworden seien und nur die Folgerung aus einer Entwicklung gezogen, die unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren Interessen eingetreten sei. Wenn die französische Regierung das Stundungsgeheiß ohne die Fälligkeit der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, mit Zwangsmaßnahmen beantwortet habe, die bestehende Verträge verletzen, so liege darin ein schweres Unrecht. Die Note legt gegen die Maßnahmen Verwahrung ein, ersucht um ihre Aufhebung und schlägt für den Fall, daß die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, die Herbeiführung eines internationalen Schiedsspruches über die Rechtmäßigkeit der ergangenen Anordnungen vor.

Die zweite Note wendet sich gegen die Massenarrestierungen aus dem Elsaß. In ihr heißt es in bezug auf die angeordnete Ausweisung von 500 deutschen Staatsangehörigen bis zum 12. August aus Elsaß-Lothringen, die außer dem Handgepäck nur den Gegenwert von 10 000 Mark für die Familie oder von 5000 Mark für Unverheiratete über 25 Jahre mitnehmen dürfen, und die Ankündigung, daß die Ausweisung weiterer 500 deutscher Staatsangehöriger aus Elsaß-Lothringen vorbehalten werde, diese Massenarrestierung widerspreche jedem völkerrechtlichen Herkommen und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme. Im übrigen sei ein innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht ersichtlich. Die Geldbeträge, deren Mitnahme gestattet ist, seien vollkommen unzureichend. Der für die ganze Familie festgesetzte Betrag von 10 000 Mark entspreche zurzeit dem Wert von zweieinhalb englischen Pfund oder 11 1/2 Dollar. Die Ausgewiesenen würden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt. Die deutsche Regierung legt gegen die getroffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung nachdrücklichst Verwahrung ein.

Überweisung der Ausgleichszahlungen an Frankreich.

Berlin, 15. Aug. Die deutsche Regierung hatte durch gleichlautende Note vom 14. Juli an die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den Antrag gestellt, hinsichtlich ihrer Verpflichtungen aus dem Ausgleichsverfahren eine anderweitige Regelung zu treffen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die monatlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren eine halbe Million Pfund nicht übersteigen sollten. Auf diesen Antrag ist der deutschen Regierung die erwartete gemeinschaftliche Entscheidung der alliierten Mächte bisher nicht zugegangen. Die deutsche Regierung hat deshalb entsprechend ihrer der französischen Regierung in der Note vom 5. August gegebenen Zusage, auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinschaftlichen Entscheidung der alliierten Mächte ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen, heute den Gesamtbetrag von 500 000 Pfund zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist dem britischen und dem französischen Ausgleichsamt, welche für die heute stattfindende Abrechnung im Kredit sind, nach dem Verhältnis ihrer Kreditfallen überwiesen worden.

Pariser Stimmen.

Paris, 15. Aug. Die durch den Mißerfolg der Londoner Konferenz geschaffene Lage wird von der Pariser Presse als äußerst ernst angesehen. Petit Parisien schreibt: So ernst auch die Uneinigkeit ist, so präjudiziert sie doch nicht die Zukunft der englisch-französischen Beziehungen aber nur unter der Bedingung, daß man sich nicht von der Lage des Augenblicks für befriedigt erklärt und daß England seinerseits sich bemüht, dem französischen Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Gelegenheit hierzu wird sich vielleicht in einigen Tagen bieten, wenn die Reparationskommission endgültig über das Moratoriumsverlangen zu entscheiden haben wird. Gaulois sagt, es

Ämtliche Bekanntmachung.

Betreff: Getreideumlage.

Die Zusammenstellung des auf die einzelnen Gemeinden des Bezirks entfallenden Lieferfalls ist unter Angabe der Getreideanbaufläche der einzelnen Gemeinden nach der Ernteflächenerhebung aus dem Jahr 1919 zur Einsichtnahme der beteiligten Kreise in der Zeit vom 15. bis 22. August ds. Js. auf der Oberamtskanzlei, Zimmer Nr. 6, aufgelegt.

Calw, den 14. August 1922.

Oberamt: G. S.

gäbe eine Voraussetzung, die man nicht ausschließen dürfe, die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen in abgeänderter Form. Da sei eine wohl zulässige Voraussetzung je nach der Wendung, die die Ereignisse nehmen werden und je nachdem man in London und Rom die Zeichen des gestrigen Tages aufmerksam überdenke und aus der Atmosphäre der Nervosität und Gereiztheit herauskomme.

Ein französisches Fälschungsmanöver.

(Grz.) Straßburg, 15. Aug. Der „Matin“ meldete am 11. August, daß die elsässische Presse eine Erklärung an Herrn Poincaré geschickt habe, wonach sie mit aller Energie die Forderungen der französischen Regierung unterstütze. In diesem Telegramm erging angeblich im Namen des Syndikats aller elsässischen Journalisten ohne Unterscheid der Parteizugehörigkeit an Herrn Poincaré die Aufforderung, in seiner bisherigen Politik festzuhalten.

Die „Freie Presse“, das sozialistische Straßburger Organ, erklärt demgegenüber, daß das Syndikat der Straßburger Redakteure in einer außerordentlichen dringlich einberufenen Generalversammlung mit Stimmenmehrheit festgestellt hat, daß dieses Telegramm eine rein persönliche Aktion einzelner Mitglieder darstelle und deshalb nicht als eine Kundgebung der elsässischen Presse und der durch sie vertretenen öffentlichen Meinung gelten dürfe.

Die Straßburger „Republique“, die ebenfalls protestiert, weist anschließend mitzuteilen, daß das Telegramm an das Generalkommissariat in Straßburg zur Weitervermittlung an den „Matin“ gegeben wurde, und verwahrt sich entschieden dagegen, daß man in solcher Weise die Volkstimmung fälsche.

Auch Herr Charles Frey nimmt zu der Angelegenheit Stellung und schreibt: „Wir sind geneigt, anzunehmen, daß die wahren Schuldigen nicht einmal die paar Journalisten sind, die jedenfalls im guten Glauben die Depesche verfaßt haben. Wir verschrecken aber, daß wir die Verantwortlichen zur gegebenen Zeit finden und an den Pranger stellen werden.“

Die „Freie Presse“ bemerkt hierzu: „Wo die Verantwortlichen zu finden sind, zeigt der Weg, den das Telegramm genommen hat, als es die Hände des Syndikatsmitglieds verließ.“

Man muß fast annehmen, daß Herr Poincaré auch schon im voraus falsch seitens des Generalkommissariats beraten war und daß dieses nur froh war, seine bedrohte Situation dadurch zu retten, daß es die elsässische Frage in seinem Sinne marschieren lassen konnte.

Rüstungen im Rheinland?

(Grz.) Duisburg, 16. Aug. In Hofenbubberg ist am 27. Juni von den Pionieren der belgischen Besatzungstruppen eine Brücke über den Rhein geschlagen und wieder abgebrochen worden. Die Schiffahrt auf dem Rhein war in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gesperrt. Angeblich handelt es sich um eine Wettübung zwischen den französischen und belgischen Truppen. Zu gleicher Zeit wurde auch in Aerdingen unterhalb der Fähre eine Brücke geschlagen.

(Grz.) Trier, 16. Aug. Hier ist ein zur französischen Armee gehöriges afrikanisches Kavallerieregiment eingerückt. Es handelt sich um ungefähr 8—900 Reiter.

Zur auswärtigen Lage.

Die Auffassung der Russen über die gegenwärtige Lage.

Moskau, 11. Aug. Krassin erklärte in einem Interview in der „Zwestija“ folgendes: „Das politische Hauptresultat der Haager Konferenz ist die allgemeine Erkenntnis der Tatsache, daß augenblicklich keinerlei Abkommen kapitalistischer Staaten mit Sowjetrußland möglich ist. Der Grund liegt in den widersprechenden Interessen der kapitalistischen Staaten. Im Gegensatz zu Frankreich und Belgien nehmen England und Italien in den Fragen der Anerkennung der Schulden und des nationalisierten Eigentums eine gemäßigtere Haltung ein. Trotzdem konnten die Vertreter Englands und Italiens in Haag nicht gegen die allgemeine Stimmung gehen, da eine Störung des Einverständnisses als Verrat an den allgemeinen kapitalistischen Interessen angesehen worden wäre. Einem aggressiven Vorgehen gegen Deutschland kann England nur durch ein Abkommen mit Frankreich vorbeugen. Deshalb tritt die russische Frage an die zweite Stelle und die Handlungsfreiheit der englischen Regierung gegenüber Rußland ist gebunden. Auf die Handelsbeziehungen hatte die Haager Konferenz überhaupt keinen Einfluß. Unsere Handelsoperationen entwickeln sich in der früheren Richtung. Die Verwirklichung einiger großer Konzeptionspläne ist augenblicklich in der Bewertung des Abchlusses von Separatabkommen verzögert; selbst wenn diese nicht zustandekommen, wird dies keine Verwicklungen hervorrufen. Eine offizielle Note steht nicht zu erwarten. Die Einberufung einer neuen europäischen Konferenz ist überflüssig. Alle Fragen sind auch nach der Ansicht angesehenster westeuropäischer Politiker geklärt.“

Die „Minderheiten“ in Polen.

Von Alfons Sahlul.
Die polnische Ministerkrise, die — nach den Worten des Korfantyschen Leitblattes — „Polen an den Rand des Abgrundes brachte“, kostet den jungen, durchaus nicht finanzkräftigen Staat mehr als sechzig Millionen Mark, d. i. eine Milliarde täglich. Es ist nur allzu naheliegend, daß sich Polen diesen Luxus nicht leisten würde, ginge

es nicht um eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit und weittragender Bedeutung, um die Prinzipienfrage. Das Minderheitenproblem steht in der Tat erstarrig vor allen anderen. Denn letzten Endes geht es nicht um Pilsudski und Korfanty, sondern — einmal extrem ausgesprochen — um die Frage: Nationalitätenstaat oder Nationalkaas?

Zweifellos liegt überhaupt in dieser Frage der Kulminationspunkt aller inneren Krisen der polnischen Republik. Bislang war Polen äußerst einseitig national eingestellt. Die immerhin beträchtlichen Minderheiten wurden einfach glattweg ignoriert. Man bedenke nur die Zusammenfassung des Sejm und die Tatsache, daß die Russen, die Ruthenen, die Tschechen, die Litauer und die Kasuben bis heute überhaupt noch keine einzige Stimme im gesetzgebenden Sejm haben!

Andererseits ist zu erwägen, daß nach der amtlich-polnischen Statistik des Prof. Buczel, die eher zugunsten der Polen als zu ihren Ungunsten feststellt, in Polen gegenwärtig nicht weniger als elf Millionen Nichtpolen leben. Das sind 48 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gegen diese „Minderheiten“ regieren zu wollen, muß auf die Dauer zu den unerträglichsten innerpolitischen Zuständen führen. Das wird auch längst von den gemäßigten Parteien Polens eingesehen. Und da die Majorität des Sejms bei einer legal-ewandfreien Zusammensetzung selbstverständlich auf diesem Boden — dem des Nationalitätenstaates stehen würde, ist es nur zu begreiflich, daß die erpolnischen Nationalsozialisten der Richtung Autonski-Korfanty noch ein Wahlordnungsgesetz in letzter Stunde durchdrückten, das nicht weniger als seine unerhörte Terrorisierung fast der halben Einwohnerschaft Polens darstellt. Vor allem aber richtet sich die Spitze dieser Exterminationspolitik gegen die in Polen wohnenden zweieinhalb Millionen Deutsche.

Diese innerpolitischen Zustände Polens beanspruchen das weiteste Interesse aller Nachbarvölker. Denn bei ihrer Fortdauer müssen sich notwendigerweise Folgen zeitigen, die nicht allein Polen und seine Nachbarn, sondern überhaupt den Kontinent gefährden dürften.

Bermischte Nachrichten.

Dienstentlassung wegen Beamtenaufreizung.

Berlin, 15. Aug. Laut Abendblätter hatte sich vor dem Disziplinargerichtshof der Präsident der Anhaltischen Finanzdirektion, Lang, zu verantworten, wegen dreier Artikel, in denen er den Beamten beibringen wollte, daß der von den Beamten verlangte Eid diese im Gewissen nicht binde. Der Gerichtshof beschloß Dienstentlassung unter Zuhilfenahme der Pensionshälfte auf Lebenszeit, da Lang dem Staat 37 Jahre gedient hat.

Geldmangel in Sowjetrußland.

Aus Moskau wird uns geschrieben: Die gesamte bolschewistische Presse klagt über den großen ständig zunehmenden Geldmangel, dabei drückt die Regierung in rastlosem Eifer immer neue Geldscheine, die in Milliarden auf den Markt geworfen werden. Aus der Provinz treffen ständig Klagen darüber ein, daß die Regierung nicht imstande ist, die Beamten und Arbeiter der staatlichen Betriebe zu bezahlen. Monatelang müssen die Leute auf ihren Lohn warten. In der Moskauer „Zwestija“ berichtete dieser Tage der Spezialkorrespondent des genannten Blattes aus dem Douvernement Kostroma, das über eine große Textilindustrie verfügt, daß dort sich ein fürchterlicher Geldmangel bemerkbar macht. In der Stadt Kineschma haben die Beamten des Volkskommissariats der Justiz seit dem März kein Gehalt erhalten. Genau so steht es mit den Beamten der Gemeindeforswets und das Personal des Volkskommissariats zur Erhaltung der Volksgesundheit hat es nicht besser. Ueberall heißt es: Es gibt kein Geld. Die wenigen glücklichen Leute, die vom Staat die Summen erhalten, die er ihnen schuldet, müssen in Körben und Säcken ihr Gehalt abholen. Es erweist sich nämlich, daß es in der Provinz gerade an großen Geldscheinen mangelt.

Kanadische Kommunisten als Anseher in Sowjetrußland.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Aus Kowno a. Don wird der bolschewistischen Presse berichtet, daß das Volkskommissariat der Landwirtschaft mit kanadischen Kommunisten einen Vertrag abgeschlossen hat, auf Grund dessen ihnen längs dem Fluße Sal, der in den Mangsch, einem Nebenfluß des Don mündet, gegen 5000 Desjatinen Land auf 30 Jahre abgetreten worden sind. Die Pächter sind verpflichtet, nach 2 Jahren dem Volkskommissariat der Landwirtschaft 5 Prozent ihrer Ernte abzutreten und nach 4 Jahren 40 Pferde. Nach Ablauf der Pachtfrist fallen alle Gebäude an das Volkskommissariat der Landwirtschaft.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. August 1922.

Ergebnis der mittleren Verwaltungsdienstprüfung.

* Auf Grund der mittleren Verwaltungsdienstprüfung wurde Otto Deutler von Neuhengstett für befähigt erklärt und zum Verwaltungspraktikanten bestellt.

Postschekverkehr in Württemberg.

Die Zahl der Postschekkunden betrug Ende Juli 31 105, gegen Juni mehr 393. Von dem Umsatz (17,341 Milliarden Mark) sind 14 569 Milliarden Mark bargeldlos beglichen worden. Das Guthaben der Postschekkunden stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 1,083 Milliarden Mark.

Einschränkung unseres Nachrichtendienstes.

* Infolge Streiks der Angestellten des Wolffschen Telegraphenbüros, Abteilung Stuttgart, sind wir heute nicht in der Lage, die neuesten Nachrichten im gewohnten Umfang zu bringen.

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland!

Red.
Man schreibt.
ernte. Der W.
Frohes erlebte
Sommermonat
Güter beförde
dingt nötig ist
transport frei
künstlichen Dü
ten sich desha
beden. Für K
sterium ein ve
daß im Her
mittel ange
noch wesentl
mit der weite
Kohlenpreiße
Kunstdüngerpr
Wett
Schon wie
lehte zieht na
Donnerstag un
regnerisches un

Liebenzell,
am letzten Sa
lungenen, dank
Wesf. veranfa
sowie pflan
ger Mitwirkun
heim, dessen v
gesangs weit v
troffen haben.
räftet, brachten
in ersten und
Vorträgen wa
stümischen Be
Herr Haage
die schönen De
chen eines Sä
Nur zu sehr e
Aber auch der
Gehör. Die G
gefühlvoll emp
Leitung des b
Der Liebertra
genbreichen
mäßiger.

Bad Lieber
Kurverwaltung
äußerst günstig
ordentlich sta
fuder. Ein M
straße den Kur
sen. Welche B
in Stuttgart
pions der vers
Binnen angebr
mäßig beleuch
Lindenallee ge
angebracht, spie
flotte Weifen
Stimmung, die
petensignal mu
feuerwerk
leit der Zufan
bronn alle Eh
galisch beleucht
mit neuem Str
Und auch mit
stande, des Fe
dieses Zwischen
die abendliche
punkt im Anlie
Bad Lieber
heute Mittwo
spiel „Der He
Aufführung,
feien.

(S. 6.) W
garten, bisher
von 582 000 A
über und w
Mietshaus die
(S. 6.) S
let: Auf der
schienen am S
verhaftet. Nach
den Beamten d
Landesverrats
welche Straf
erschienenen M
weis auf die
der Bemerkung
Lat“ handle.
von dort nach
bracht. Nachbe
diesem vernom
wle es in dem
abredungsgefä
Kriewaler und
funa. Ueber v.
gefaßt.

...ichtigkeit und weit-
Das Minderheiten-
... Denn letzten
... sondern — einmal
... onalität in Staat

... der Kulmination-
... blüht. Wistang war
... immerhin beträcht-
... orient. Man bedente
... schaffe, daß die Ruf-
... die Klaffen bis
... gefeggebenden Sejm

... amtlich-polnischen
... der Polen als zu
... nicht weniger als
... Prozent der Gesamt-
... ren zu wollen, muß
... chen Zuständen fäh-
... Parteien Polens
... bei einer legal-ein-
... diesem Boden —
... nur zu begreiflich,
... Richtung Auto-
... in letzter Stunde
... örtliche Terrorisierung
... Vor allem aber
... gegen die in Polen

... bruchen das weite-
... orbauer müssen sich
... in Polen und seine
... schen dürfen.

... ten.
... aufreizung.
... sich vor dem Defe-
... Anhaltischen Fi-
... dreier Artikel, in
... der von den Be-
... binde. Der Ge-
... Billigung der Pen-
... 37 Jahre gedient

... land.
... samte hofschewisti-
... annehmenden Ge-
... osem Eifer immer
... Markt geworfen
... an darüber ein-
... nten und Arbeiter
... klänge müssen die
... tauer „Iswostija“
... mit des genannten
... über eine große
... barer Geldmangel
... aben die Beamten
... März kein Gefähr-
... en der Gemeinde-
... riats zur Erhal-
... Ueberall heißt es:
... Leute, die vom
... schudet, müssen im
... weißt sich nämlich,
... scheinen mangel.

... land.
... s Koflow a. Don-
... das Volkskom-
... munisten einer
... ihnen längs dem
... benfluß des Don
... Jahre abgetreten
... 2 Jahren dem
... ent ihrer Ernte
... Nach Ablauf der
... kommissariat der

... nd.
... 3. August 1922.
... ienprüfung.
... nprüfung wurde
... fähigt erklärt und

... nberg.
... Juli 31 1922, gegen
... arden Mark) sind
... worden. Das
... onatsdurchschnitt

... dienstes.
... Wolffschen Tele-
... r heute nicht in
... nten Umfang zu

... s Ausland!

Rechtzeitige Kunstdüngerbestellung!

Man schreibt uns: In wenigen Wochen beginnt die Kartoffelernte. Der Bahntransport der Kartoffeln muß vor Eintritt des Frostes erledigt sein. Damit dies erreicht wird, müssen in den Sommermonaten in stärkerem Umfang als bisher diejenigen Güter befördert werden, deren Transport im Herbst nicht unbedingt nötig ist, um so möglichst viele Wagen für den Kartoffeltransport freizubekommen. Dies gilt besonders auch von den künstlichen Düngemitteln. Alle landwirtschaftlichen Kreise sollten sich deshalb im Sommer mit künstlichen Düngemitteln eindecken. Für Rasidüngungsmittel wurde vom Reichsverkehrsministerium ein verbilligter Tarif eingeführt; zudem ist zu befürchten, daß im Herbst vorübergehend eine Verkehrsperre für Düngemittel angeordnet wird. Die künstlichen Düngemittel sind heute noch wesentlich billiger als sie sich im Herbst stellen werden, weil mit der weiteren Entwertung unserer Mark die Arbeitslöhne, Kohlenpreise und Transportkosten steigen und damit auch die Kunstdüngerpreise höher werden müssen.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Schon wieder kommt eine neue Störung aus dem Westen. Die letzte zieht nach der Weichselmündung in ungünstige Stellung. Am Donnerstag und Freitag ist deshalb vielfach bedecktes, zeitweilig regnerisches und kühlere Wetter zu erwarten.

Liebenzell, 15. Aug. Der hiesige Lieberkranz brachte uns am letzten Samstag Abend im großen Kellersaal einen wirklich gelungenen, dankbar aufgenommenen Gesangsabend. In herkömmlicher Weise veranstaltete der Verein in der Saisonzeit den Ausreisenden sowie seinen Mitgliedern einen Gesangsabend, diesmal unter gütiger Mitwirkung des befreundeten Doppelquartetts Lyra aus Forzheim, dessen vorzügliche Leistungen auf dem Gebiete des Männergesangs weit verbreitet sind, unsere Erwartungen aber noch weit übertrafen. Mit geschultem, vorzüglichem Stimmaterial ausgerüstet, brachten die Sänger unter Leitung des Herrn Gustav Mayer in ernsten und heiteren Tönen, besonders aber in humoristischen Vorträgen wahre Perlen zum Vortrag, die unter den Zuhörern stürmischen Beifall hervorriefen. Der Vorstand des Lieberkranzes, Herr Haager, brachte den allseitig empfundenen Dank für all die schönen Darbietungen zum Ausdruck und ließ durch das Töchterchen eines Sängers den Sängern Schwarzwaldbörschen überreichen. Nur zu früh entfuhr uns der 11-Uhr-Zug unsrer lieben Gäste. — Aber auch der Lieberkranz brachte in sechs Chören sein Können zu Gehör. Die Chöre kamen durchweg in geschulter, abgerundeter und gefühlvoll empfundener Weise zum Vortrag, und ernteten unter der Leitung des bewährten Dirigenten ungeteilten Beifall der Zuhörer. Der Lieberkranz kann mit Befriedigung auf die Veranstaltung dieses genussreichen Abends zurückblicken. Leider war der Besuch ein mäßiger.

Bad Liebenzell, 15. Aug. Das Wetter war für die von der Kurverwaltung auf letzten Sonntag vorbereiteten Veranstaltungen äußerst günstig. Der Fremdenbesuch war deshalb auch ein außerordentlich starker. Besonders brachten die Abendzüge noch viele Besucher. Ein Menschenstrom wogte sich vor 8 Uhr durch die Wilhelmstraße den Kuranlagen zu. Vor den Eingängen hielten sich die Maschinen. Welche Buntheit in den Anlagen! Von der Firma Zaid in Stuttgart waren rings um den Platz am Musikpavillon Lampions der verschiedensten Formen und Farben mit elektrischen Glühbirnen angebracht worden und auf einen Schlag war der ganze Platz magisch beleuchtet. Mit vielen gleichmäßig roten Lampions war die Lindenallee geschmückt. Hunderte von Lichtlein, rings um den See angebracht, spiegelten sich im Wasser. Die Forzheimer Kapelle spielte flotte Weisen und erntete reichen Beifall. Alles war in freudiger Stimmung, die Sorgen des Alltags waren vergessen. Durch Trompetensignal wurde um 9 Uhr das Zeichen zum Beginn des Kunstfeuerwerks gegeben, das in Ausführung und an Reichhaltigkeit der Zusammenstellung dem guten Ruf der Firma Fischer-Gleibronn alle Ehre machte. Nach dem Feuerwerk wurde der See bengalisch beleuchtet. Da auf einmal — der erst im Lauf des Winters mit neuem Strohdach versehene Pavillon am See steht in Flammen. Und auch mit dem herbeigeholten Winimax war man nicht mehr imstande, des Feuers Herr zu werden, das Dach brannte ab. Trotz dieses Zwischenfalls darf die Kurverwaltung mit Befriedigung auf die abendliche Veranstaltung zurückblicken und sie als einen Höhepunkt im Anleben des Jahres 1922 buchen.

Bad Liebenzell, 16. Aug. Das Württ. Volkstheater bringt heute Mittwoch Abend im Kellersaal das reizende, bekannte Lustspiel „Der Herr Senator“ von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung, worauf die Theaterfreunde hiermit hingewiesen seien.

(S.C.B.) Widdach, 15. Aug. Das ehemalige Hotel Palmengarten, bisher der Stadtgemeinde gehörig, ging um den Preis von 562 000 Mark in den Besitz von Wils. Pfeiffer in Basel über und wird auch weiterhin seinem bisherigen Zweck als Mietshaus dienen.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Aug. Die „Schwäb. Tagwacht“ berichtet: Auf der Redaktion des U.S.B.-Organs „Der Sozialist“ erschienen am Samstag mittag kurz vor 12 Uhr drei Kriminalbeamte und erklärten dem anwesenden Redakteur Landtagsabg. Schuler für verhaftet. Nach dem Grund dieser Maßnahme befragt, erfolgte von den Beamten die Auskunft, daß gegen Schuler ein Verfahren wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse eingeleitet sei, welche Straftaten erblickt würden in dem in Nr. 182 des „Sozialist“ erschienenen Artikels „Waffenkunde und Arbeiterschaft“. Der Hinweis auf die Abgeordneneigenschaft des Verhafteten wurde mit der Bemerkung abgetan, daß es sich um ein „Ertappen auf frischer Tat“ handle. Schuler wurde zunächst nach der Stadtdirektion und von dort nach dem Untersuchungsgefängnis in der Urbanstraße gebracht. Nachdem er dem Untersuchungsrichter vorgeführt und von diesem vernommen worden war, erfolgte abends 1/2 7 Uhr, weil, wie es in dem Beschluß des Untersuchungsrichters heißt, „eine Verabredungsgefahr nicht bestehe und eine Fluchtgefahr bei dem Familienvater und Abgeordneten ausgeschlossen erscheint“, seine Freilassung. Ueber die Einstellung des Verfahrens ist damit kein Beschluß gefaßt.

Abend-Spaziergang.

Wir schritten hinein in den sinkenden Tag,
Bonnetrunken, welkenfern —
Von weither nur Klang einer Glocke schlag:
„Ich hab' Dich gern!“
Und heiß walt auf es in meiner Brust —
Der Abend so lind und warm —
„O seliges Wandern, o himmlische Lust,
Mit meinem Liebchen im Arm!“
Siegfried Guillemeff-Hirtau.

(S.C.B.) Von der badischen Grenze, 15. Aug. An einem entlegenen Teil der Gemarkung Großrinderfeld wurde die Leiche eines in den vier Jahren stehenden Kindes, dem der Hinterkopf eingeschlagen war, in einem Gerstenfeld aufgefunden. Die Leiche war nur mit einem Manchesterröck bekleidet, Schuhe, Hemd, Unterhose usw. fehlten; sie sind wahrscheinlich von den Mördern geraubt worden. Die Tat dürfte bereits vor 4 Wochen verübt worden sein. Eine Gerichtskommission traf am Tatort bereits ein. Es handelt sich bei dem Toten um den 20jährigen Josef Hermann aus Oberbalbach.

(S.C.B.) Ruffingen D. L. L. 15. Aug. Gestern vormittag wurde die 21jährige Tochter des Bauern Georg Kuttler an der unteren Langgasse vom Witz erschlagen. Sie war sofort tot.

(S.C.B.) Großgartach, 15. Aug. Trotz weitgehender Erlaubnis zum Aehrenlesen bei Tag kamen heuer Getreidebiebstähle raffinierter Art vor. Die leibhaftigen Hamster benutzten Scheren und füllten ihre Säcke mit Aehren, das Stroh dem Eigentümer lassend. Besonders übel meinten es diese Nachträuber mit Karl Sommer alt, dem der ganze Weizenader bis auf sechs schon gebundene Garben die Aehren abgehört wurden und zwar gleich am Dorf.

(S.C.B.) Wiberach, 15. Aug. Abends gegen 10 Uhr gerieten der vorübergehend hier wohnhafte verheiratete Schmied Albrecht von Barthausen und der ledige, hier beschäftigte Holzbildhauer Teufel in der Wirtschafft zum Lamm aus einem ganz geringfügigen Anlaß in einen Wortstreit. Teufel verließ das Gastlokal, zog sein Stilmesser und sagte unter der Lüge zu Albrecht, dieser solle hinauskommen. Albrecht ging auf die Straße hinaus, wo er von Teufel in die Brust gestochen wurde, so daß nach einer halben Stunde sein Tod eintrat. Der Täter ist in Haft. Der Getötete hinterläßt Frau und zwei Kinder.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 16. Aug. Millionenbetrug. Der 24jährige Bankexpedient Bernhard Straub von Huzstetten bei der Südb. Rückversicherungs-A.G. in Konstanz verschwand im März spurlos. Da sich bei einer Revision nichts Angeordnetes ergab, legte man dem Weggang keine weitere Bedeutung bei. Als man aber anfangs August zur Prüfung der Bankkontokorrente schritt, entdeckte man, daß er die Firma um nicht weniger als 1 850 000 Mark betrogen hatte. Er überwies auf einem Schriftstück 1 850 000 Mark an die Deutsche Bank in Berlin. Das Schriftstück verfaß er mit dem Unterschriftenstempel der Firma und der Unterschrift des Direktors, die er fälschte. Auf die gleiche Weise ließ er den Betrag an die Reichsbankfiliale in Konstanz und sodann auf einige andere hiesige Banken überweisen, bis er zuletzt mittelst eines Schecks aus dem entwendeten Scheckbuch der Firma, den er ebenfalls mit der falschen Unterschrift verfaß, die Summe bei der Süddeutschen Diskontobank erhob und damit spurlos verduftete. Ein Steckbrief ist gegen ihn erlassen.

Die bevorstehende Zeichnung auf Zwangsanleihe.

Nach dem nunmehr verabschiedeten Gesetz über die Zwangsanleihe kann Zwangsanleihe vom 15. Juli 1922 ab gezeichnet werden. Es ist daher erforderlich, daß jeder die Grundzüge des Gesetzes kennen lernt.

1. Wer ist zeichnungspflichtig?

- a) Alle Deutschen mit Ausnahme derer, die seit dem 1. Januar 1921 sich dauernd im Ausland aufhalten und im Inland keinen Wohnsitz haben.
- b) Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbes wegen oder länger als 6 Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.
- c) Juristische Personen und nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, deren Sitz oder Ort der Leitung im Inland liegt, insbesondere Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung; Berggewerkschaften, Genossenschaften u. a.

2. Was unterliegt der Zwangsanleihe?

Das Vermögen mit dem Wert am 31. Dezember 1922. Vermögen bis zu 100 000 Mark sind frei. Frei sind ferner Vermögen bis zu 300 000 Mark, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgestellte Einkommen 40 000 Mark nicht übersteigt. Bei über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf 1 Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 Mark nicht übersteigt.

3. Wieviel Zwangsanleihe ist zu zeichnen?

Von den ersten 100 000 Mark	1 vom Hundert,
von den nächsten 150 000	2
von den nächsten 250 000	4
von den nächsten 250 000	6
von den nächsten 250 000	8
von den weiteren Beträgen	10

Beispiele:

100 000 Mark Vermögen	nichts
200 000	3 000 Mark Zwangsanleihe,
300 000	6 000
400 000	10 000
500 000	14 000
600 000	20 000
700 000	26 000
800 000	33 000
900 000	41 000
1 000 000	49 000

Bei Vermögen über eine Million Mark sind es immer 10 Prozent des Vermögens minus 51 000 Mark, also bei einem Vermögen von 2 Millionen Mark sind 200 000 Mark minus 51 000 Mark = 149 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen. Es findet Abrundung auf volle Tausende statt.

4. Wann bezahlt man?

Man muß zahlen zwei Drittel der Zwangsanleihe bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung (Januar 1923), spätestens bis zum 28. Februar 1923, und den Rest 2 Monate nach Zustellung des Bescheides. Man kann aber schon im voraus zahlen. Die Vorauszahlung ist mit Vorzugskursen verbunden. (vgl. Nr. 5, 7).

5. Wie hoch ist der Zeichnungspreis?

Wenn man im Juli 1922 zahlt	94 Prozent,
„ „ „ August 1922 zahlt	96 Prozent,
„ „ „ September 1922 zahlt	98 Prozent,
„ „ „ Oktober oder Novbr. 1922 zahlt	100 Prozent
„ „ „ Dezember 1922 zahlt	101 Prozent,
„ „ „ Januar 1923 zahlt	102 Prozent,
„ „ „ Februar 1923 zahlt	104 Prozent,
„ „ „ vom März 1923 ab zahlt	106 Prozent.

Beispiel: Wer im Juli 1922 50 000 Mark Zwangsanleihe zeichnete, hat dafür 50 000 × 94 = 47 000 Mark zu zahlen.

6. Wo zahlt man?

1. Bei der Reichsbank sowie den Banken und Bankiers, die dem Zentralverband für Bank- und Bankiergewerbe angeschlossen sind.
 2. Bei den im Deutschen Zentral Giroverband und bei den im Deutschen Sparkassenverband organisierten Girozentralen, Sparkassen und Kommunalbanken.
 3. Bei den den Revisionsverbänden des Deutschen Genossenschaftsverbandes angehörenden Kreditgenossenschaften, bei den Zentralkassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei der landwirtschaftlichen Zentralkassenklasse Berlin und deren Filialen und Hauptgeschäftsstellen.
- Die Annahmestellen werden im einzelnen von den Landesfinanzämtern oder Finanzämtern in den Tageszeitungen bekanntgegeben werden. Nicht gezeichnet werden kann bei den Finanz- und Steuerklassen.

7. Wie zahlt man?

Man füllt einen Zeichnungsschein, der bei den unter Nr. 6 genannten Annahmestellen erhältlich ist, aus, zahlt den Betrag oder überweist ihn und erhält dafür eine Quittung. Zeichnungen ohne Zahlung werden nicht angenommen. Im Zeichnungsschein ist mit anzugeben, in welchen Beträgen und wo man die Stücke ausgehändigt wünscht. Es werden Stücke über 1 000, 2 000, 5 000, 10 000 und 50 000 Mark ausgegeben. Einzahlen kann man nur einen durch den jeweiligen Zeichnungskurs teilbaren Betrag, also im Juli einen durch 94, im Oktober einen durch 100, im Februar 1923 einen durch 104 teilbaren Betrag.

8. Allgemeines.

Für die im Kalenderjahr 1922 erfolgenden Vorauszahlungen ist es nicht erforderlich, daß jemand sein Vermögen genau errechnet. Vielmehr wird dies auch gar nicht möglich sein, weil der Stand des Vermögens am 31. Dezember 1922 zur Zeit noch nicht veranschlagt werden kann. Ueberdies werden die Steuerkurse für die Wertpapiere und Nichtlinien für die Bewertung des Grund- und Betriebsvermögens erst in einiger Zeit herausgegeben werden. Niemand braucht aber bis zu dem Erlaß dieser Bestimmungen mit der Zeichnung zu warten. Es genügt vielmehr, daß jemand sein Vermögen überschläglich schätzt und danach seine Vorauszahlung einrichtet. Die Vorauszahlung liegt im eigenen Interesse des einzelnen, da er sich den günstigen Vorzugskurs sichert. Wer zuviel vorauszeichnen sollte, erhält übrigens den zuviel gezahlten Betrag mit 5 Prozent Zinsen erstattet.

Anfragen wegen der Zwangsanleihe bei den Finanzämtern sind mit Rücksicht auf deren sonstige Ueberlastung in diesem Jahre zu vermeiden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 1022 Mark, der Schweizer Franken auf 194,69 Mark.

Märkte.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Aug. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 93 Ochsen, 30 Bullen, 342 Jungbullen, 30 Jungrinder, 392 Kühe, 435 Kälber, 526 Schweine, 34 Schafe, 4 Ziegen. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1 4100—4400, 2. 3400 bis 3800; Bullen 1. 3600—3750, 2. 3000—3400, Jungrinder 1. 4200—4400, 2. 3650—3900, 3. 3150—3450; Kühe 1. 3100—3500, 2. 2600—2950, 3. 1950—2300, Kälber 1. 5300—5600, 2. 4950—5150, 3. 4600—4800; Schweine 8000—8150, 2. 7500—7750, 3. 6900 bis 7200 Mark. Verkauf des Marktes lebhaft.

(S.C.B.) Leonberg, 15. Aug. Das Gemeindeobst wurde am Samstag versteigert. Der Erlös beträgt 157 000 M., was einem Durchschnittszentnerpreis von 500 M. entsprechen dürfte. — In Weilmündorf wurde das zu 86 Ztr. geschätzte Gemeindeobst um 49 450 Mark versteigert; der Zentner kommt also im Durchschnitt auf 575 M.

(S.C.B.) Brackenheim, 15. Aug. Beim Obstverkauf der Stadt wurden von 513 Ztr. Almandobst 179 428 Mark Erlös. Demnach kostet der Zentner an dem Baum etwa 350 Mark. Im Vorjahr wurde ein Erlös von 76 920 Mark d. i. der Ztr. zu rund 70 Mark erzielt. — In Kleingartach beträgt der Erlös des Gemeindealmandobstes 177 000 Mark gegen fern 37 000 Mark. Der Zentner wird auf 150—200 Mark zu stehen kommen.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wesen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtsch. Verhältnisse in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Die Durchführung des Reichsmietengesetzes in Württemberg.

Die Höhe des Mietzinses wurde bisher in den Fällen, in denen sich Vermieter und Mieter nicht einigen konnten, vom Mieteinigungsamt festgesetzt. Diese Festsetzung geschah ausschließlich nach billigen Ermessen. Irigendwelche weitere Vorschrift wegen der Bemessung der Höhe des Mietzinses war den Mieteinigungsämtern nicht gegeben. Die Mieteinigungsämter entschieden daher bisher meist örtlich verschieden.

Das am 1. Juli 1922 in Kraft getretene Reichsmietengesetz versucht u. a., in die Bemessung der Mietzinses eine gewisse Ordnung zu bringen. Es legt fest, daß beide Parteien eines Mietverhältnisses — ohne Rücksicht auf etwaige andere Vereinbarungen — jederzeit unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist durch einseitige schriftliche Erklärung von einander die „gesetzliche Miete“ verlangen können. Die gesetzliche Miete tritt dann von dem Zeitpunkt ab, auf den die Kündigung gesetzlich zulässig ist, an die Stelle des vereinbarten Mietzinses.

Bezüglich der Bemessung der „gesetzlichen Miete“ bestimmt das Reichsmietengesetz folgendes: Es ist von der Friedensmiete auszugehen, indem zunächst von dieser der in ihr enthaltene Betrag für Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten und sonstige Nebenleistungen (z. B. Zentralheizung, Glasversicherung) abgerechnet wird. Zu der nach dieser Abrechnung verbleibenden „Grundmiete“ treten prozentuale Zuschläge für die Steigerung der Hypothekenzinsen, für die heutigen Betriebskosten und für laufende und große Instandsetzungsarbeiten. Das Reichsmietengesetz hat die Bemessung über prozentuale Abrechnungen und Zuschläge (sog. Hundertsätze) nicht selbst vorgenommen, sondern den Obersten Landesbehörden übertragen, und den letzteren das Recht erteilt, die Bemessung den Gemeindebehörden zu übertragen. Das Reichsmietengesetz hat also nur angegeben, aus welchen verschiedenen (der Höhe nach nicht bestimmten) Beträgen

sich der Mietzins zusammensetzen soll, hat also gleichsam nur eine Einteilung für die Zusammensetzung des Mietzinses gegeben.

Die am 25. Juli 1922 vom Württ. Ministerium des Innern erlassenen Ausführungsbestimmungen haben davon abgesehen, die Hundertsätze für die Abrechnungen und Zuschläge selbst festzusetzen, sondern haben die Bemessung dieser Hundertsätze den Gemeindebehörden übertragen. Dabei hat das Ministerium des Innern den Gemeindebehörden zwar gewisse Richtlinien gegeben und einige Höchst- und Mindestsätze vorgeschrieben. Zudem wurde bezüglich der Stadt Stuttgart u. a. auch noch bestimmt, daß die von Stuttgart festzusetzenden Hundertsätze der vorherigen Genehmigung des Ministeriums des Innern bedürfen.

Das Wort haben also jetzt die Gemeinden. Als erste hat Stuttgart gesprochen und — angesichts der ihr allein auferlegten Bevormundung — das Ministerium gebeten, die Stadt Stuttgart von der Festsetzung der Hundertsätze zu entbinden und die Hundertsätze selbst festzusetzen. Was die anderen Gemeinden tun werden, steht noch dahin. Soviel man hört, sind die Gemeindeverwaltungen über diese neue Aufgabe nicht besonders erfreut. Auf solche Stimmungen wird man ja nun an sich zunächst nicht zuviel geben dürfen. Man wird aber doch die Frage aufwerfen müssen, ob die Uebertragung dieser Aufgabe auf die Gemeinden notwendig und zweckmäßig war. Beide Fragen wird man verneinen müssen.

An sich ist es ja vom Standpunkt des tunlichst weitgehenden Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden zu begrüßen, wenn dieses auch einmal wieder erweitert wird. Aber man wird doch wohl der Selbstverwaltung der Gemeinden nur die Aufgaben übertragen dürfen, die mit dem sonstigen Aufgabenkreis der Gemeinden in engem Zusammenhang stehen und nicht zweckmäßig einer übergeordneten Körperschaft (Staat oder Reich) übertragen werden. Hier wird man nun sagen müssen, daß die zwar an sich von öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten heraus vorgehende, aber in überwiegend privat-rechtliche Verhältnisse eingreifende Bemessung des Mietzinses nicht zu

dem hauptsächlich öffentlich-rechtlichen Aufgabenkreis der Gemeinden gehört. Die Uebertragung dieser Aufgabe auf die Gemeinden war daher nicht notwendig. Ferner erscheint es vom Standpunkt der möglichsten Befriedigung unseres öffentlichen Lebens unerwünscht, daß der Kampf um die Bemessung des Mietzinses in die Gemeinden verlegt wird. Dies umsoweniger, als es bei unseren unsicheren Währungsverhältnissen mit einer einmaligen Festsetzung der Hundertsätze wohl nicht getan sein wird. Vielmehr wird eine ständige Anpassung der Hundertsätze an die Preisgestaltung notwendig werden. Der Kampf um die Höhe der Hundertsätze wird also immer wieder aufs neue entbrennen. Endlich erscheint es unwirtschaftlich, wenn diese schwierige Arbeit in den einzelnen Gemeinden erledigt wird. Dadurch werden Kräfte, die mit anderen Aufgaben überhäuft sind, durch eine Arbeit beansprucht, die auch von einer zentralen Behörde erledigt werden kann. Die Uebertragung dieser Aufgabe auf die Gemeinden war also auch nicht zweckmäßig.

Die Schwierigkeiten, die einer zentralen Regelung entgegenstehen, sind nicht zu verkennen. Es war deshalb wohl richtig, wenn das Reichsmietengesetz von einer gleichmäßigen Durchführung des Gesetzes für das ganze Reich abgesehen hat. Denn die Gegebenheiten und Gebräuche im Reich sind im Reich weitgehend verschieden. So bringt ja bekanntlich in einzelnen Teilen unseres Reiches (wenn ich nicht irre im Rheinland) der Mieter seine Defen selbst mit. Aber in Württemberg selbst sind die Verhältnisse nicht so verschieden, daß nicht eine Regelung durch das Ministerium erfolgen könnte. Diese Regelung wird wohl unter Anlehnung an die Ortsklasseneinteilung der Versorgungsordnung den örtlichen Besonderheiten ausreichend gerecht werden können. Es wird deshalb notwendig sein, daß das Ministerium des Innern unter Aufgabe seines bisherigen Standpunktes die Festsetzung der Hundertsätze selbst übernimmt.

Gewerblicher Dr. K. A. L. e., Stuttgart.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.
Druck und Verlag der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

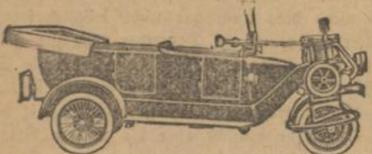
Neuhengstett. Bauarbeiten.

Zur Erstellung von einem Dekonomiegebäude für Herrn Johannes Kriehler, Zimmermeister, sind die

Betonier-, Maurer-, Steinhauer-, Schmied-, Flaschner-, Gipfer- und Schreiner-Arbeiten zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschreibungen und Bedingungen sind bei Johannes Kriehler zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote nach den einzelnen im Arbeitsbescheid aufgeführten Positionen bis Samstag, den 19. August ds. Js., nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ in Neuhengstett, eingereicht werden.

E. Frohnmeyer, Baumeister.



Cyclonette

Zwei- und Viersitzer
das bewährte

Klein-Auto

für Geschäftsleute, Aerzte, Jäger usw.
Geringster Brennstoff- und Gummiverbrauch.

Einfachste Bedienung. Vorführungswagen steht jederzeit zur Verfügung.

V. Zahn & Co. Calw, Fernspr. 41.

Tüchtiger Kaufmann

durchaus selbständig in amerikanischer Buchführung und möglichst auch im Maschinenschreiben bewandert, ebenso im Verkehr mit der Kundschaft, möglichst

zum sofortigen Antritt der Stellung gesucht
G. Kohler, Mühlenbauanstalt, Talmühle.

Von Selbstverbraucher gegen Barzahlung
sofort zu kaufen gesucht:

zirka 50 Ster Brenn-Holz,
buchene u. tannene
Gäbeiter.

Angebote mit Preis unter N. W. 189 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

Die Reklame angeben
heißt
Das Geschäft angeben!

Gesucht wird auf 1. September oder später ein fleißiges, braves, nicht allzu junges

Mädchen

für allgemeine Hausarbeit, bei hohem Lohn und guter Behandlung.

Privat. Emil Kusterer, Pforzheim, Ebersteinstraße 12.

Existenz!

Bezirksvertreter!

Tüchtige Herren zum Verkauf eines stänzend begutachteten leichtverkäuflichen Artikels größt. volkswirtschaftlicher Bedeutung

gesucht.
Erforderliches Kapital 8-15000 Mark zur Lagerübernahme auf eigene Rechnung. Höchste Verdienstmöglichkeit.

Angebote an E. Nebmann, Stuttgart, Gutbrodtstr. 11.

Lehrlinge

Söhne achtbarer Eltern für unsere Maschinenfabrik

gesucht.

Kost u. Wohnung im Hause.
E. Besser Söhne, Detishheim b. Mühlacker.

Fahrpläne

sind in der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 1 Mark erhältlich.

Schöner Saal

zu vermieten

(z. Einstellen von Möbeln oder dergl. geeignet).
Angebote unter N. E. 189 an die Geschäftsst. ds. Bl.



Private

Druckachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tisch-Karten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchskarten, Dankfagungen

liefern wir rasch

A. Dellschläger'sche
Buchdruckerei Calw

Lustkurort Hirsau.

Donnerstag, den 17. August 1922

„Löwen“-Saal

Großer Lacherfolg. Stürmische Heiterkeit.

„Die Schöne vom Strande“.

Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal.

Preise: 1. Pl. 20.—, 2. Pl. 15.—, 3. Pl. 10.— Mk.

Vorverkauf: A. Walker, Zigarrenhandlung.

Delsamen-

Lohnschlägerei.

Ich nehme wieder täglich gute luftgetrocknete Delsamen jeder Art zum Schlagen an. Ganz besonders mache ich auf mein rühmlichst bekanntes

Raffiniertes Speiserepsöl

aufmerksam, dem nach dem seitherigen Verfahren bekanntlich der herbe Beigeschmack dauernd und vollkommen genommen ist.

Neben einer guten Ausbeute sichere ich bei mäßiger Berechnung ein erstklassiges und bis auf den letzten Tropfen klares Öl zu.

Ebenso auch kaufe ich wieder guten luftgetrockneten Reys und Lein in großen und kleinen Posten zu höchsten Tagespreisen.

Alfred Reclam, Nagold

Fernsprecher 101. Hauptbahnhof.

Raffehühner

einjährig und Rücken hat zu verkaufen

Eisenbahningenieur Müller, Borsstadt.

Stammheim.

Gluckhenne

mit 10 Jungen

verkauft

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1,5 junge, weiße

Riesen-Gänse

verkauft

F. Dathke, Hirsau, Klosterhof 47.

Sonnenhardt.

Verkauf am Donnerstag, den 17. ds. Mts. morgens 7 Uhr, reine

Milchschweine

gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Anzufragen nachmittags zwischen 12 u. 1 Uhr.

Hirsau, Wilhelmstr. 116

Adam Eug.

10 Zentner

Roggen-Stroh

zu verkaufen

Gartenstraße 704.

Zirka 20 Zentner

Heu

hat zu verkaufen.

Angebote unter N. St. 188 mit Preisangebot an die Geschäftsstelle ds. Bl.

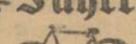
Verkaufe einen schönen, wachsamem altdeutschen

Schäfer-Hund

auch als Hofhund geeignet.

Adam Schaidle, Wv., Gehingen.

Fahrrad



gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Anzufragen nachmittags zwischen 12 u. 1 Uhr.

Hirsau, Wilhelmstr. 116

Adam Eug.

Nr. 190.

Ercheinungs-
Nummer Nr. 10

Der deutsche
Poincaré, de
um sich seine
worte, und d
lehte katastrop
politik zurück

Der französische
solidarisch er
richtigt, daß f
Das heißt na
nahmen mit
Uebrigens ist
riehen Propa
ablehnende S
weisung der
ierten hat die
nächstert.

Aus London wi
Regierungstre
glaube. Es i
neue Konferen
toriums ges
rikaner Franz
den Nachrichten
durchweg un
handelt. Wa
reichs gesagt
Engländer, J
jungen durch
weil Frankrei
dieser Staaten
wäre, sowenig
gestieg hätten.
England, Ita
die französische
die übliche „u

In Bayern wie
Die rechtssteh
Ministerpräsi
und die Aufst

Die Spitzenverb
Sinnlich auf d
Maßnahmen z
teren Preisste
Rückkehr z
eine Befähra

gegen Poin

Berlin, 16. A
eine Anzahl Ber
wie der Berliner
über den Stand
ferenz in London
nur die bringend
hat, sondern viel
se vorher bestand
Regierung vom 2
her stieg er bis
1922 stieg er fast
Londoner Konfere
Gründe für den V
dent demgegenübe
Deutschland die S
Deutschland habe
Entwertung der F
der Grenzen Fran
am Marktzug die
Einsichtige, die
nehmen. Hat doch
daß die deutsche
gung gemacht hat,
der „Temps“ dar
Regierung zu die